

Kindesmissbrauch

Irische Kirche „tief beschämt“

Über Jahrzehnte haben Priester, Nonnen und Mönche tausendfach Kinder in katholischen Einrichtungen Irlands erniedrigt und missbraucht. Der irische Primas Kardinal Brady sagte, er sei „tief beschämt“ darüber, „dass Kinder auf solche abscheuliche Weise leiden mussten“.

Von Johannes Leithäuser, London



In zehn Jahren hörte die Kommission 1700 Zeugen an

21. Mai 2009.- In Irland sind über Jahrzehnte hinweg tausende Kinder in kirchlich geführten Kinderheimen und Erziehungsanstalten für Waisen sexuell und gewalttätig missbraucht worden. Zu diesem Schluss ist eine unabhängige Kommission zur Untersuchung des Missbrauchs gekommen, die in zehn Jahre dauernden Ermittlungen mehr als 1700 Zeugen anhörte und Vorfällen in den überwiegend von Orden der katholischen Kirche geleiteten Institutionen systematisch nachging. Mehr als die Hälfte der Aussagen bezog sich auf Fälle von sexuellem Missbrauch; mehr als 800 Priester, Mönche und Nonnen und Laienmitarbeiter der Anstalten wurden als Täter beschuldigt. Die Aussagen verteilen sich auf die gesamten Jahrzehnte seit dem Ersten Weltkrieg, die meisten Aussagen betreffen allerdings die Zeit zwischen den dreißiger und den siebziger Jahren. Einige der Waisenhäuser und Arbeitsschulen, die in der Untersuchung aufgeführt werden, sind unterdessen geschlossen, andere bestehen noch.

Missbrauchsfälle „drehen einem den Magen um“

Die Repräsentanten der katholischen Kirche in Irland reagierten mit Entschuldigungsworten. Der irische Primas Kardinal Brady sagte, er sei „tief beschämt“ darüber, „dass Kinder auf solche abscheuliche Weise leiden mussten“. Der Dubliner Erzbischof Martin gab an, die Missbrauchsfälle „drehen einem den Magen um“. Alle Organisationen der Kirche, die in diesem Bericht genannt würden, sollten gründlich prüfen, wie sehr ihre Ideale durch diesen systematischen

Kindesmissbrauch beschädigt worden seien. Die Dubliner Diözese erwartet in den nächsten Monaten einen eigenen umfassenden Grundsatzbericht über das Ausmaß von sexuellem Kindesmissbrauch durch Mitarbeiter und Klerus in den vergangenen Jahrzehnten.

Da die meisten der Vorfälle, die der Kommissionsbericht schildern, schon Jahrzehnte zurückliegen, sind Strafverfahren gegen die große Mehrheit der Angeschuldigten wenig wahrscheinlich. Viele der Beschuldigten sind schon gestorben. Die Kommission zur Aufklärung des Kindesmissbrauchs, die Richter Sean Brady leitete, war vor zehn Jahren vom damaligen irischen Premierminister Bertie Ahern ins Leben gerufen worden. In ihrem Bericht stellt sie fest, Kinder in den Fürsorgeheimen hätten in einem „Stadium der Angst“ leben müssen. Der sexuelle Missbrauch von Jungen sei geradezu ein Merkmal dieser Arbeitsschulen gewesen; die Kongregationen, die diese Anstalten führten, hätten Missbrauchsfälle vertuscht und Pädophile lieber an andere Einrichtungen innerhalb ihrer Orden weitergegeben, als die Fälle zur Anzeige zu bringen.

Mehr als eine Milliarde für Entschädigungen

Die Kommission schlug die Errichtung eines Mahnmals vor, das an die Missbrauchsoffer erinnern und die Entschuldigung wiederholen solle, die Ahern vor einem Jahrzehnt schon an sie gerichtet hatte. Die kirchlichen Betreiber der Heime und die staatliche Aufsicht müssten ihr Regelwerk und ihre Kontrollmöglichkeiten verbessern, um solche Fälle künftig zu verhindern. Das staatliche Fürsorgewesen müsse sich insgesamt mehr an den Bedürfnissen der Kinder orientieren. Außerdem sollten die Führungs- und Betreuungsakten sämtlicher Kinder und Jugendlicher in Pflege künftig unbegrenzt aufbewahrt werden.

Während die Kommission zur Untersuchung des Kindesmissbrauchs seit ihrer Einsetzung die Aufgabe hatte, die Dimension des Missbrauchs zu erkunden und Vorschläge für seine künftige Unterbindung zu machen, ist in Irland seit sieben Jahren überdies ein Rat zur Entschädigung für einstige Insassen von Kinderwohnheimen aktiv. Dieses Gremium hat bislang in mehr als 12 000 Fällen Entschädigungen an einst in kirchlicher und staatlicher Pflege Missbrauchte ausgezahlt. Das Volumen der gesamten Entschädigungssumme wird nach Schätzungen eine Milliarde Euro übersteigen, mehr als 2000 Fälle sind noch nicht geprüft und entschieden worden. Die 18 religiösen Vereinigungen, die zahlreiche der in Frage stehenden Kinderheime betrieben, beteiligen sich mit 128 Millionen Euro an den Zahlungen an die Opfer. Die katholische Kirche und andere religiöse Organisationen erreichten im Gegenzug für diesen Anteil Schutz vor allen individuellen Wiedergutmachungsklagen.